

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Beziehungen zur Europäischen Union (EU)</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Positionspapier und Parolen</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Ehrensperger, Elisabeth  
Hirter, Hans  
Hohl, Sabine  
Müller, Eva  
Terribilini, Serge

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Ehrensperger, Elisabeth; Hirter, Hans; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Terribilini, Serge 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Beziehungen zur Europäischen Union (EU), Positionspapier und Parolen, 1990 – 2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Landesverteidigung</b>	1
Landesverteidigung und Gesellschaft	1
<b>Sozialpolitik</b>	1
Soziale Gruppen	1
Migrationspolitik	1
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	1
Bildung und Forschung	1
Hochschulen	1
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	2
Parteien	2
Grosse Parteien	2
Linke und ökologische Parteien	6
Liberale Parteien	6
Konservative und Rechte Parteien	7
Andere Parteien	8
Verbände	8
Industrie, Handel und Unternehmer	8
Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks	9
Landwirtschaft	9
Arbeitnehmer, Gewerkschaften	9

## Abkürzungsverzeichnis

<b>UNO</b>	Organisation der Vereinten Nationen
<b>EFTA</b>	Europäische Freihandelsassoziation
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation
<b>AUNS</b>	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
<b>ETH</b>	Eidgenössische Technische Hochschule
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>SUK</b>	Schweizerische Universitätenkonferenz
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>SGB</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>GBH</b>	Gewerkschaft Bau und Holz
<b>CNG</b>	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (Vorgänger von Travail.suisse)
<b>SMUV</b>	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)

---

<b>ONU</b>	Organisation des Nations unies
<b>AELE</b>	Association européenne de libre-échange
<b>OMC</b>	Organisation mondiale du commerce
<b>ASIN</b>	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
<b>EPF</b>	École polytechnique fédérale
<b>UE</b>	Union européenne
<b>CUS</b>	Conférence universitaire suisse
<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>USS</b>	Union syndicale suisse
<b>CE</b>	Communauté européenne
<b>SBB</b>	Syndicat du bâtiment et du bois
<b>CSC</b>	Confédération des syndicats chrétiens de Suisse (Prédécesseur de Travail.suisse)
<b>FTMH</b>	Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie)

# Allgemeine Chronik

## Landesverteidigung

### Landesverteidigung und Gesellschaft

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 28.05.1991  
SERGE TERRIBILINI

Le **comité central du PSS a adopté un programme de politique de sécurité qui s'écarte en grande partie de celui du Conseil fédéral**. S'il fait les mêmes constatations au sujet du changement et de la diversification des menaces, il entend prendre des mesures drastiques pour modifier la structure de l'armée helvétique et ses objectifs. La Suisse devrait ainsi œuvrer en faveur de la résolution pacifique des conflits, de leur prévention et de leur élimination, ce qui permettrait de réduire fortement les dépenses militaires. D'autre part, elle devrait viser à appartenir à un système européen de prévention des conflits et ses forces ne devraient, d'ici là, ne se voir confier que des tâches de protection de la population.<sup>1</sup>

## Sozialpolitik

### Soziale Gruppen

#### Migrationspolitik

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 10.10.1996  
MARIANNE BENTELI

Abgeordnete der vier **Bundesratsparteien** schlossen sich zu einer **Arbeitsgruppe "Migration"** zusammen, um konstruktive Kompromisse in der Ausländerpolitik auszugestalten. Unter der Leitung von Nationalrat Engler (cvp, AI) gehörten der Gruppe zwei Ständerätinnen - Beerli (fdp, BE) und Simmen (cvp, SO) -, zwei Nationalrätinnen - Fankhauser (sp, BL) und Heberlein (fdp, ZH) - sowie drei Nationalräte - Fischer (svp, AG), Seiler (svp, BE) und Strahm (sp, BE) - an. Im Vordergrund ihrer Abklärungen standen die Themen Arbeitsmarkt und Beziehungen zum europäischen Umfeld, Saisonierstatut, Asylwesen, Rückführung von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien, Assimilierung der Ausländer und Ausländerinnen sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung. Nachdem es im Frühjahr noch nach einem breiten Einvernehmen unter den Parteien ausgesehen hatte, wurde im Herbst klar, dass sich zwischen der SP und ihren bürgerlichen Diskussionspartnern ein tiefer Graben aufgetan hatte. Grundsätzlich war sich die Arbeitsgruppe einig, dass das Drei-Kreise-Modell fallengelassen und durch eine **Nachbarschaftsregelung mit den EU- und Efta-Staaten** abgelöst werden sollte. Uneinig waren sich die Parteien aber in der Frage, wie dieses grenzüberschreitende Regelwerk aussehen sollte. Die SP votierte für den EU-Beitritt und damit auch für die Personenfreizügigkeit, währenddem CVP und FDP den Weg der bilateralen Beziehungen gehen wollten und für ein Abkommen mit einer Schutzklausel plädierten; die SVP wollte an den Kontingenten festhalten. Auch in der Frage der Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern aus Ex-Jugoslawien blieben die Differenzen unüberbrückbar.<sup>2</sup>

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Hochschulen

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 05.12.2003  
ELISABETH EHRENSPERGER

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) verabschiedete einstimmig ihre Richtlinien zur **Bologna-Reform**. Betreffend dem Zugang zu den Master-Studien legte die SUK das Gewicht auf die Freizügigkeit und nicht auf die fachbezogene Selektion, um die Mobilität der Studierenden zu erleichtern. Zugelassen zu einem Master-Studiengang in der entsprechenden Fachrichtung ohne zusätzliche Anforderungen wird demnach, wer ein Bachelor-Diplom einer schweizerischen Universität vorweisen kann - wobei jedoch den Universitäten und ETH offen stehen soll, für spezialisierte Studiengänge der Masterstufe zusätzliche Anforderungen zu stellen. Die SUK legte im weiteren Richtlinien vor, wonach universitären Institutionen die Erfüllung bestimmter Mindestanforderungen beglaubigt werden kann. Dieses **Akkreditierungssystem** zur Prüfung der Studienangebote soll die internationale Vergleichbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Diplome verbessern und dabei auch dem indirekten Ziel der Qualitätspflege dienen.<sup>3</sup>

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 30.10.1995  
EVA MÜLLER

Ein Vorstoss von FDP-Nationalrat Bernard Comby (VS), der verlangte, dass der Bundesrat unmittelbar nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen das in Brüssel liegende EU-Beitritts-gesuch reaktiviert, führte in der freisinnigen Fraktion zu einer heftigen Diskussion über den Europa-Kurs der Partei. FDP-Präsident Franz Steinegger hielt an der europapolitischen Zielsetzung fest, sich auf die bilateralen Verhandlungen zu konzentrieren. An einer Delegiertenversammlung in Interlaken im April votierte auf Antrag der Genfer Sektion eine von Romands und Jungliberalen angeführte Mehrheit von 102 zu 81 Stimmen dann aber überraschend dafür, den **EU-Beitritt als langfristiges, strategisches Ziel** in einem als zu vage empfundenen Positionspapier zur Aussenpolitik festzuschreiben. Vergebens setzte sich die Parteiführung für eine Offenhaltung der Optionen ein. Damit übernahm die Partei weitgehend die Haltung des Bundesrates. Verschiedene freisinnige Befürworter eines EU-Beitritts warfen Parteipräsident Steinegger im Verlauf des Jahres allerdings vor, den Parteibeschluss nicht zu respektieren und die Position der FDP zu vernebeln.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 23.01.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Am SVP-Programmparteitag in Reconvillier (BE) bekräftigte die SVP ihren Widerstand **gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU und zur UNO** und **gegen die Bewaffnung von Schweizer Militärangehörigen im Auslandseinsatz**. Die Berner Sektion, welche für eine weniger radikale Haltung eintrat, fand bei den Delegierten keine Mehrheit. Die im Herbst vom Parlament verabschiedeten bilateralen Verträge mit der EU wurden auch von einer Mehrheit der SVP-Fraktion gutgeheissen. Christoph Blocher stimmte zwar gegen die Verträge, lehnte es jedoch ab, das von der Lega und den Schweizer Demokraten lancierte Referendum zu unterstützen.<sup>5</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 11.10.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Als an der Delegiertenversammlung in Weinfelden (TG) zwei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen die FDP-Delegierten einstimmig die Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU beschlossen, wurde die Gelegenheit auch zu Attacken auf die SVP genutzt. Nationalrat Mühlemann (TG) forderte seine Parteikolleginnen und -kollegen dazu auf, sich **gegen die «Irrläuferpartei» SVP zu wenden** und eine geeinte Haltung zu den Bilateralen zu offenbaren. Parteipräsident Steinegger führte an, die **wirtschaftliche Situation der Schweiz sei wieder eine «Erfolgsstory»**, und dies sei in erster Linie der Verdienst der FDP. Die SVP sei an diesem Aufbau nicht beteiligt gewesen; sie habe sich in «Elendspropaganda» und Kampfbereitschaft gegen die angebliche sozialistische Machtübernahme verfangen.<sup>6</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 27.03.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Ende März fasste die Parteispitze einstimmig die **Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU**. In einer Broschüre verkündete sie einhellig, die bilateralen Verträge seien die erste Station auf dem Weg zum vollständigen Beitritt. Vollmer (BE) betonte, erst die SP habe die Abkommen durch ihre Überzeugungsarbeit mehrheitsfähig gemacht.<sup>7</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 27.01.2001  
MAGDALENA BERNATH

Um die junge Kantonalpartei im Hinblick auf die Wahlen zu unterstützen, führte die SVP im Januar **erstmalig eine Delegiertenversammlung im Wallis** durch und beschloss in Martigny die Nein-Parole zur EU-Beitrittsinitiative.<sup>8</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 06.03.2001  
MAGDALENA BERNATH

Überraschend beschlossen die CVP-Delegierten gegen die Empfehlungen von Bundesrat und Parlament und ihres Präsidenten Adalbert Durrer mit 189:148 Stimmen bei drei Enthaltungen die **Ja-Parole für die EU-Beitrittsinitiative**. Ausser Basel, Bern und Freiburg beschlossen alle übrigen CVP-Kantonalsektionen die Nein-Parole. Nach der Abstimmung gab sich Durrer überzeugt, dass die Ja-Parole der CVP Schweiz zu weiteren Stimmenverlusten an die SVP im **Aargau und in Solothurn** geführt habe.<sup>9</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

Mitte Januar beschlossen die FDP-Delegierten in Olten nach intensiver Diskussion mit 133:98 Stimmen die Nein-Parole zur Initiative „**Ja zu Europa**“. Die Genfer und die Waadtländer FDP hatten zuvor mit grosser Mehrheit die Initiative zur Annahme empfohlen. Als Kontrapunkt zu der von der SP unterstützten Gesundheitsinitiative, welche die Abschaffung der Kopfprämien fordert, plädierte die FDP in einem Positionspapier für eine **Gesundheitsversorgung**, die auf den drei Säulen Selbstverantwortung, obligatorische Grundversorgung für das medizinisch Notwendige und fakultative Zusatzversicherung für sogenannte Komfortleistungen beruhen soll. Versichert werden sollten nicht mehr Leistungen, sondern Risiken.<sup>10</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 25.10.2004  
MAGDALENA BERNATH

Am Parteitag in Naters bei Brig (VS) forderte der ehemalige SP-Präsident Peter Bodenmann bei seinem ersten Auftritt an einer nationalen SP-Versammlung seit seinem Rücktritt vor sieben Jahren eine mutigere Europa-Politik. Nach eingehender Debatte verabschiedeten die Delegierten ein Positionspapier, das den Bundesrat auffordert, nach der Inkraftsetzung der Bilateralen II noch in der laufenden Legislaturperiode **Beitrittsverhandlungen mit der EU** aufzunehmen; die konkreten Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft könnten erst nach Abschluss der Verhandlungen beurteilt werden. In einem Thesenpapier „Umverteilung und Gleichstellung“ billigten die Sozialdemokraten eine Reihe von Vorschlägen, die von einer Steuerreform über die Entlastung von Familien, der effektiven Gleichstellung zwischen Mann und Frau bis hin zur Strukturreform der Altersvorsorge sowie zu Massnahmen gegen die Armut reichten. Für die Abstimmung vom November gaben die Delegierten mit 297:87 Stimmen die Nein-Parole zur NFA heraus; es überwogen die Warnungen vor der Gefahr des Sozialabbaus bei den Behindertenheimen, sollte sich der Bund bei deren Finanzierung zurückziehen. Diskussionslos stimmte die SP der neuen Finanzordnung zu. Auch beim Stammzellenforschungsgesetz setzten sich die Befürworter mit 246:101 Stimmen durch; die Geschäftsleitung hatte aus Respekt gegenüber persönlichen ethischen Werthaltungen für Stimmfreigabe plädiert, doch zeigte der Appell an die Verantwortung der Politik von Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, in deren Amtszeit die Vorlage erarbeitet worden war, Wirkung.<sup>11</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 28.11.2005  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung in Bern sprachen sich die Sozialdemokraten in einer Resolution gegen die Privatisierung der Swisscom aus und drohten, allfällige Bestrebungen mit einem Referendum zu bekämpfen. Fast einstimmig fiel der Beschluss zum Referendum gegen das revidierte Asylgesetz aus, Unterstützung fand auch das von den Grünen ergriffene Referendum gegen die Revision des Ausländergesetzes. Mit 157:2 Stimmen verabschiedete die SP anschliessend den ersten Teil ihrer „**Europa-Plattform**“, worin sie die rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU verlangte. Der von der Geschäftsleitung vorgelegte Plattformentwurf enthielt Vorschläge für eine Reihe von Reformen, die ihrer Meinung nach bei einem Beitritt zwingend nötig resp. auch unabhängig davon sinnvoll seien, so die Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten, neu abgegrenzte Departemente, zwei zusätzliche Bundesräte und vom Parlament gewählte Staatssekretäre, ständige parlamentarische Europakommissionen mit abschliessenden Entscheidungskompetenzen, ein Berufsparlament und die Einführung einer Europa-Initiative, welche die Schweiz zu einem bestimmten Handeln in der EU verpflichten würde. – Den zweiten Teil der Plattform, der unter anderem die Ersetzung des Schweizerfrankens durch den Euro, das tiefe schweizerische Zinsniveau und die Verdoppelung der Mehrwertsteuer thematisiert, wollen die Sozialdemokraten im kommenden Jahr behandeln.<sup>12</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 23.06.2007  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung in Lausanne am 23. Juni verabschiedete die CVP ein Wachstumspaket „Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität“. Dieses enthielt wenig Neues und war nicht umstritten. Die CVP forderte darin vor allem einen besseren Transfer von Wissen in die Wirtschaft. Zudem richtete sie sich **gegen die Hochpreisinsel Schweiz** und verlangte eine konsequentere Anwendung des Kartellgesetzes. Die CVP stellte sich hinter die bilateralen Beziehungen zur EU und befürwortete die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien. Gleichzeitig betonte sie die Wichtigkeit von guten wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA und zu den Schwellenländern. Zudem hiess die CVP die Unternehmenssteuerreform II mit 86 zu einer Stimme bei 3 Enthaltungen gut.<sup>13</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 07.07.2008  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung Anfang Juli in Brig (VS) befasste sich die SVP mit der Vorlage zur **Personenfreizügigkeit**. Da das Parlament entschieden hatte, die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und deren Ausdehnung auf die neuen Mitglieder Bulgarien und Rumänien dem Volk im Falle eines Referendums als eine einzige Vorlage zur Abstimmung vorzulegen, geriet die Partei in ein Dilemma: Gegen eine Bekämpfung der ganzen Vorlage gab es Widerstand aus dem wirtschaftsfreundlichen Flügel der Partei, mit einem Akzeptieren der Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien lief die SVP aber Gefahr, viele Mitglieder an der Basis zu enttäuschen. Die SVP hatte den Parlamentsentscheid zunächst als „Austricksen des Volkes“ bezeichnet und angekündigt, gegen die Vorlage das Referendum zu ergreifen. Der Zentralvorstand hatte im Mai ein Referendum befürwortet, im Juni richtete er sich jedoch dagegen. Treibende Kraft war dabei alt Bundesrat Christoph Blocher. Die Delegierten befürworteten den Verzicht auf ein Referendum mit 326 zu 166 Stimmen. Die Junge SVP und einige Kantonalsektionen entschieden jedoch später, das von den SD und der Lega lancierte Referendum zu unterstützen. Weiter wurde an der Versammlung beschlossen, die AUNS-Volksinitiative „für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)“ aktiv zu unterstützen. Zudem wurde die neue SVP-Sektion Graubünden in die Landespartei aufgenommen.<sup>14</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 27.10.2008  
SABINE HOHL

An der Delegiertenversammlung der CVP vom 25. Oktober wurde einstimmig eine **Resolution zur Europapolitik** verabschiedet. In dieser nannte die CVP Handlungsbedarf auf drei Gebieten: Erstens beim Versicherungsabkommen: Die Öffnung der Versicherungsmärkte solle auf Lebensversicherungen ausgedehnt werden. Zweitens solle ein Elektrizitätsabkommen angestrebt werden, das den Stromtransit regeln würde und der Schweiz die Gelegenheit geben würde, zur europäischen Strom-Drehscheibe zu werden. Drittens solle ein Gesundheitsabkommen geschlossen werden, das dem Schweizer Gesundheitswesen beim Export helfen würde. Das Papier wurde einstimmig verabschiedet.<sup>15</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 11.02.2009  
SABINE HOHL

Im Februar wurde die erweiterte **Personenfreizügigkeit mit der EU** vom Volk deutlich (fast 60% Ja-Stimmen) angenommen. Die SVP hatte als einzige grosse Partei die Nein-Parole zu der Vorlage ausgegeben. Am Abstimmungstag sprach Parteipräsident Toni Brunner davon, eine Volksinitiative zur Begrenzung der Personenfreizügigkeit zu lancieren. Er relativierte dies jedoch später: Man werde zunächst den parlamentarischen Weg beschreiten.<sup>16</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 16.10.2010  
MARC BÜHLMANN

In einem Positionspapier zur **Aussenpolitik** korrigierte die FDP das 1995 eher zufällig gefasste strategische Ziel eines EU-Beitritts. Der offizielle Europakurs der Partei sei der Bilateralismus, erinnerte Pelli die Delegierten am Parteitag vom 16. Oktober in Herisau. Weder ein Alleingang noch ein EU- oder EWR-Beitritt seien valable Alternativen zum bilateralen Weg. Die Delegierten sprachen sich in der Folge für die Streichung des 1995 gefassten Beschlusses aus. Der Antrag aus der französischen Schweiz, die Möglichkeit eines Voll- oder Teilbeitritts, allenfalls eines Rahmenabkommens, regelmässig neu zu beurteilen, wurde mit 172 zu 53 Stimmen abgelehnt. Im schliesslich verabschiedeten Positionspapier sprachen sich die Freisinnigen deutlich für den gezielten Ausbau des bilateralen Wegs aus. Insbesondere eine Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll angedacht werden.<sup>17</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.03.2011  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung in Lugano Ende März bekräftigte die SVP ihren Oppositionskurs in der **EU-Politik**. Gegen das geplante Vertragspaket der Bilateralen III wurde eine Resolution verabschiedet. Die Idee einer institutionellen Anbindung an die EU-Behörden bedeute eine automatische Übernahme von EU-Recht und müsse verhindert werden. In der Resolution wurde auch der definitive Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs gefordert.<sup>18</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 19.01.2012  
MARC BÜHLMANN

In einem Anfang Jahr veröffentlichten Positionspapier „Bilaterale plus+“ bekräftigte die CVP ihre Haltung zum **bilateralen Weg bei der Zusammenarbeit der Schweiz mit Europa**. Allerdings müssten die blockierten Verhandlungen durch die Akzeptanz neuer Institutionen wieder in Schwung gebracht werden. Die Übernahme von EU-Recht im Rahmen dieser Verhandlungen sei dabei notwendig, müsse aber unter gestalterischer Mitsprachemöglichkeit der Schweiz geschehen. Die Überwachung der Umsetzung von EU-Recht – ein wichtiger Verhandlungspunkt – könne laut der CVP durchaus von einer Institution ähnlich dem EWR/Efta-Gerichtshof wahrgenommen werden. Ein solcher könne dabei auch in Brüssel angesiedelt sein. Allerdings würde die Partei dabei eine Vertretung durch Schweizer Richter zur Bedingung machen.<sup>19</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 25.06.2012  
MARC BÜHLMANN

In der **Europapolitik** trat die SP etwas leiser, war doch das Thema mit der Eurokrise eher negativ belastet. Trotzdem bekräftigten die Sozialdemokraten an ihrer Delegiertenversammlung in Basel Ende Juni, dass sie international vernetzt die Politik in Europa mitgestalten wollen. Die Abgeordneten verabschiedeten eine Resolution, die einen Pakt der Sozialisten und Sozialdemokraten für ein soziales, solidarisches, prosperierendes und friedliches Europa anstrebt.<sup>20</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 20.07.2013  
MARC BÜHLMANN

Die SP ist die einzige Bundesratspartei, die in ihrem Parteiprogramm am Ziel eines EU-Beitritts festhält. Mit der Euro-Krise geriet die **Europapolitik** allerdings seit einiger Zeit etwas ins Hintertreffen. Die im Juli präsentierten Pläne des Bundesrates für ein institutionelles Abkommen mit der EU hiessen die Genossen grundsätzlich gut. Auch die Idee, den Europäischen Gerichtshof in gewissen Fällen mit Deutungshoheit auszurüsten, beurteilte die SP als gangbaren Weg. Allerdings dürften die flankierenden Massnahmen nicht angetastet werden.<sup>21</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Verhandlungen um die **Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien** boten der SP wie schon in früheren Fällen im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen Gelegenheit für Kompensationsgeschäfte. Die Genossen kündigten Mitte Januar an, nur Hand zur Ausweitung zu bieten, wenn der Wohnungsmarkt stärker reguliert werde. Die Personenfreizügigkeit sei mitverantwortlich für die hohen Preise am Wohnungsmarkt, weshalb ein besserer Mieterschutz und Massnahmen für preisgünstigere Wohnfläche insbesondere in Städten nötig seien. Zudem forderte die SP auch Anpassungen beim Lohn- und Arbeitnehmerschutz. Ein entsprechendes Positionspapier wurde an der Delegiertenversammlung Ende Oktober in Baden gutgeheissen. In der Diskussion gab es allerdings auch warnende Stimmen, dass die Verknüpfung der Forderungen an die Kroatien-Abstimmung die Beziehungen Schweiz-EU belasten könnte. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit dürfe nicht riskiert werden. Als proeuropäische Partei könne man nicht zusammen mit der SVP gegen die Ausdehnung auf Kroatien kämpfen.<sup>22</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 20.02.2015  
MARC BÜHLMANN

Ende Februar 2015 präsentierte die **CVP** einen **Aktionsplan zum starken Franken**. Um den Herausforderungen zu begegnen, unter denen vor allem die Exportwirtschaft und der Tourismus zu leiden hatten, müssten Rechtssicherheit geschaffen und wirtschaftliche Erleichterungen umgesetzt werden. In einem Katalog an Massnahmen forderte die CVP griffige Massnahmen zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz. Angebracht seien aber weder neue Lohnverhandlungen noch Steuererleichterungen für gewisse Branchen, sondern Umstrukturierungen auf der Basis von Bildung, Forschung und Innovation. Gefordert wurde zudem eine bürgerliche Allianz mit dem Ziel, die bilateralen Verträge mit der EU zu unterstützen. Die Nationalbank wurde aufgefordert, weiterhin unabhängig, aber mit Sorgfalt zu agieren.<sup>23</sup>

## Linke und ökologische Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 03.07.1995  
EVA MÜLLER

Auf eine Gratwanderung begaben sich die Grünen auch mit einem europapolitischen Kurswechsel: Die Partei, die zuvor lediglich eine vorsichtige Öffnung befürwortet hatte und den EWR ablehnte, entschied an einem Parteitag im Juli auf Antrag der Genfer Sektion, die Volksinitiative «Ja zu Europa», die **sofortige EU-Beitrittsverhandlungen fordert, zu unterstützen**. Die Grünen betonten, den EU-Beitrittsprozess kritisch begleiten zu wollen. Trotzdem formierte sich **grundsätzliche Opposition** gegen den reformistischen Kurs der Partei rund um den Berner Luzius Theiler und die Zürcher Sektion.<sup>24</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 18.09.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Am letzten Parteitag der GP vor den Wahlen in Baden wurde über die bilateralen **Verträge mit der EU** verhandelt. Mit 74 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, welche die eidgenössischen Räte dazu aufforderte, die Vorschläge der Nationalratskommission zu den flankierenden Massnahmen anzunehmen. Im Besonderen wurde gefordert, dass die **Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene** forciert werde.<sup>25</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 07.02.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Anfangs Februar fasste die GP die **Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU**. Aus den Reihen der einst vehementen EWR-Gegner waren an der Delegiertenversammlung in Neuenburg nur noch wenige kritische Stimmen zu vernehmen.<sup>26</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 14.02.2001  
MAGDALENA BERNATH

Anfangs Jahr beschloss der Parteivorstand die Ja-Parole zur Volksinitiative **„Ja zu Europa“**. Die Baselstädtischen und die Luzerner Grünen hingegen beschlossen Stimmfreigabe, die Berner und die Schaffhauser stimmten für ein Nein, und die übrigen 15 Kantonalparteien schlossen sich der Mutterpartei an. Ebenfalls ein Ja empfahlen die Grünen zur Initiative **„Strassen für alle“**.<sup>27</sup>

## Liberalen Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 16.08.1995  
EVA MÜLLER

Der in der Europafrage geschlossene LdU forderte im Wahljahr 95 **rasche Verhandlungen über den EU-Beitritt** und warf den bürgerlichen Parteien CVP und FDP vor, die Europafrage zu tabuisieren. Gleichzeitig betonte er **innere Reformen** als Voraussetzung für eine Öffnung der Schweiz. Nötig sei die **Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze** durch ein strenges Kartellverbot, die Aufhebung des Saisonierstatuts, die Herstellung der Freizügigkeit des Personenverkehrs und der Ersatz der Planwirtschaft im Agrarsektor durch eine marktwirtschaftliche Ordnung. Das Subventionswesen sei neu zu regeln, indem unter anderem Subventionen alle zehn Jahre auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden müssten. Die Partei wiederholte ausserdem ihre Forderung nach einem parlamentarischen Konkurrenzsystem. Die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft», welche der LdU zu Beginn des Jahres lanciert hatte, brach er im März 1996 wieder ab.<sup>28</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 28.08.1995  
EVA MÜLLER

Im Wahljahr 95 unterstrichen die Liberalen den europa- und wirtschaftspolitischen Offensivgeist der Partei und wiederholten ihre Forderungen nach **Revitalisierung und Deregulierung**. Unter anderem sprachen sie sich für die **Aufhebung der direkten Bundessteuer und für eine Reform des Föderalismus** aus. EU-Beitrittsverhandlungen forderte die LP noch für die Ende Jahr begonnene Legislaturperiode.<sup>29</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 13.10.1995  
EVA MÜLLER

Die Liberalen kritisierten die Uneinigkeit unter den Bundesratsparteien und **drohten, die Zauberformel nicht mehr zu unterstützen**. Für die nächste Legislatur verlangten sie von den vier Parteien, dass sie vor der Gesamterneuerung des Bundesrates im Dezember eine **Vereinbarung über die Legislaturziele** ausarbeiten und veröffentlichen, wobei zumindest zu wichtigen Themen, darunter die europäische Integration, ein gemeinsamer Nenner vorliegen müsse. In die Landesregierung wählen wollten die Liberalen danach nur noch Personen, die das Koalitionsprogramm vorbehaltlos unterstützen.<sup>30</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

Die Abstimmungsempfehlungen der LP deckten sich mit jenen der FDP, mit einer Ausnahme: Im Februar stimmten die Liberalen der Volksinitiative „**Ja zu Europa**“ überraschend deutlich zu – die beiden Kantonalparteien Genf und Waadt hatten die Initiative zuvor nur mit äusserst knappem Mehr angenommen. Basel-Stadt und Wallis beschlossen hingegen die Nein-Parole. Bereits Ende August beschlossen die Liberalen in Genf die Nein-Parole für die Volksinitiative „für eine Kapitalgewinnsteuer“, die im Dezember zur Abstimmung gelangte. Ausserdem verabschiedeten sie eine Resolution, die das **Bankgeheimnis als Teil der Privatsphäre** erklärte. Mit der Betonung der Bedeutung des Bankgeheimnisses für den Finanzplatz Schweiz wollte die LP Genfer Bankenkreise besänftigen, die sich durch das pro-europäische Engagement der Partei vor den Kopf gestossen fühlten und damit gedroht hatten, die finanziellen Beiträge für die Wahlkampagne der LP in der Rhonestadt zu kürzen.<sup>31</sup>

### Konservative und Rechte Parteien

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 15.05.1995  
EVA MÜLLER

In ihrer Wahlplattform bekräftigte die EVP das **«E» in ihrem Namen als Leitmotiv**. Deziert sprach sie sich in der Familienpolitik gegen die Fristenlösung, für eine Mutterschaftsversicherung und eine Harmonisierung der Kinderzulagen aus. Weiter schlug sie ein Bundesamt für Familienfragen und die Einführung eines Familienstimmrechts nach dem Motto «Ein Mensch – eine Stimme» vor, wobei das Stimmrecht der Kinder von den Eltern treuhänderisch wahrgenommen würde. Zur Integrationsfrage gab sich die Partei zurückhaltend; vor einer neuen Beurteilung der Beitrittsfrage will sie die bilateralen Verhandlungen mit der EU zu Ende führen. Stark machen will sich die EVP für die **Reform der Bundesverfassung**, die von ethischer und geistiger Tragweite sei.<sup>32</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.08.1995  
EVA MÜLLER

In den eidgenössischen Wahlkampf zog die Partei vorab mit einer **aggressiven Politik gegen Ausländer und Asylsuchende** unter dem umstrittenen, da historisch gewichtig besetzten Motto «Das Boot säuft ab». Hauptforderungen waren der vollständige Einwanderungs- und Aufnahmestopp für Asylbewerber, die Kündigung des Genfer Flüchtlingsabkommens sowie eine Reduktion des Ausländerbestandes auf EU-Niveau. Heftigen Widerstand meldete die FPS **gegen den EU-Beitritt** oder Zugeständnisse im freien Personenverkehr an. Eine harte Linie fuhr die Partei auch in Drogenfragen, wo sie der Liberalisierung den Kampf ansagte. Nach wie vor eliminieren will sie zudem die direkte Bundessteuer.<sup>33</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 17.04.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Die EDU fasste an ihrer Delegiertenversammlung vom April die **Nein-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU**.<sup>34</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 02.05.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Die von Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi angeführte **Opposition gegen die bilateralen Verträge mit der EU** brachte im Februar das Referendum zustande. Im Mai beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole. Gleichzeitig drohte die Partei mit einem Referendum, sollten die Einbürgerungsvorschriften in der Schweiz liberalisiert werden.<sup>35</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 29.11.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Erzürnt über die **Nein-Parole** seiner Partei **zu den bilateralen Verträgen mit der EU** trat der langjährige Nationalrat (ZH) und Gründer der FP, **Michael Dreher**, im April mit sofortiger Wirkung aus dem Parteipräsidium zurück. Mit dieser Entscheidung habe sich die Partei in die Gesellschaft von Sekten, Splittergruppen und Schweizer Demokraten begeben. Im November gründete Dreher gemeinsam mit sieben Mitstreitern, darunter auch der Aargauer FDP-Nationalrat Luzi Stamm, eine Stiftung „Auto Union zum Schutz der Automobilisten und der freien Mobilität“.<sup>36</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 27.12.2012  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung im Januar setzte sich die BDP sieben **Schwerpunkte** für die kommende Legislatur. Sie wolle sich insbesondere für Lösungen in der EU- und Asylpolitik einsetzen und Vorschläge für eine bessere Energie- sowie Bildungs- und Mobilitätspolitik erarbeiten. Darüber hinaus sah die Partei Handlungsbedarf bei der Sicherung der Sozialwerke und bei den Rahmenbedingungen der KMU. In der Presse wurde der BDP aber nach wie vor Schwammigkeit und unklare Positionierung vorgeworfen.<sup>37</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 02.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Bei der Parolenfassung Anfang September wurde die Position der BDP gegenüber den Bilateralen Verträgen mit der EU verdeutlicht. Die Masseneinwanderungsinitiative, bei der die Delegierten ohne Diskussion einstimmig die Nein-Parole empfahlen, würde das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz auf die Probe stellen. Es gelte sachlich und nicht emotional zu urteilen, warnte BDP-Parteipräsident Landolt. Nationalrätin Ursula Haller (BE) kritisierte den SVP-Präsidenten Toni Brunner, der den Bundesrat im Zusammenhang mit dessen **Europapolitik** als Landesverräter bezeichnet hatte.<sup>38</sup>

### Andere Parteien

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 10.06.2012  
MARC BÜHLMANN

An ihrem Parteitag Mitte Juni in Aarau wagten sich die Piraten in noch wenig vertraute Gefilde. Sie veröffentlichten ein Communiqué zur **Europapolitik**, in welchem sie eine direkt-demokratisch organisierte EU fordern, in der jeder Staat das gleiche Gewicht erhält. Zudem müsse die EU-Exekutive demokratisch legitimiert werden. Erst zu einer derart organisierten EU könne die Schweiz dereinst beitreten.<sup>39</sup>

### Verbände

#### Industrie, Handel und Unternehmer

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 09.09.1995  
HANS HIRTER

Der Vorort feierte im Berichtsjahr seinen 125. Geburtstag. Dieser Anlass wurde vom Präsidenten Andreas Leuenberger lediglich für einen allgemeinen Tour d'horizon – mit Betonung auf der Notwendigkeit einer Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Schweiz im internationalen Wettbewerb – und nicht für das Setzen von neuen Akzenten genutzt. In der selben Tonlage waren auch die Ausführungen Leuenbergers zur Europapolitik der Schweiz gehalten. Er stellte sich **voll hinter die bilateralen Verhandlungen des Bundesrats** und sprach sich dagegen aus, bereits jetzt zur Frage eines Beitritts der Schweiz zur EU Position zu beziehen.

Durch den Rücktritt seines Direktors Heinz Allenspach (fdp, ZH) aus dem Nationalrat verlor der Arbeitgeberverband seine direkte Verbindung zum Parlament. Immerhin schafften mit Erich Müller (fdp, ZH) und Johannes Randegger (fdp, BS) **zwei Manager von internationalen Grosskonzernen den Einzug in den Nationalrat.**<sup>40</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 16.12.1997  
HANS HIRTER

Der Vorort engagierte sich weiterhin für ein bilaterales Abkommen der Schweiz mit der EU. Bereits 1995 hatte er eine Inseratekampagne anlaufen lassen, welche die Bürger davon überzeugen soll, im Fall eines Referendums ein Ja zum Verhandlungsergebnis in die Urne zu legen. Im Dezember forderte er an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Arbeitgeber- und dem Gewerbeverband die **Behörden zum raschen Abschluss der Verhandlungen auf**. Angesichts der grossen Bedeutung dieses Abkommens für die Volkswirtschaft sei es auch in Kauf zu nehmen, wenn in einzelnen Bereichen (namentlich beim Dossier Landverkehr) zusätzliche Konzessionen gewährt werden müssen. Der Vorort lehnte konsequenterweise auch das von Gewerbetreibenden gegen die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe lancierte Referendum ab, da ein Verzicht auf diese Abgabe die Verhandlungen mit der EU gefährden würde.<sup>41</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 01.03.2006  
HANS HIRTER

Noch bevor der Bundesrat in seinem Bericht zur Europapolitik der Schweiz den Beitritt zur EU von einem strategischen Ziel zu einer Option, also einer Möglichkeit unter anderen, zurückstufte, meldete sich der Dachverband der schweizerischen Wirtschaft, **Economiesuisse**, zu Wort. Er wandte sich **kategorisch gegen einen EU-Beitritt** und erklärte die Fortführung des eingeschlagenen bilateralen Wegs „zur einzigen realistischen Option“. Für Economiesuisse wäre ein Beitritt angesichts der Notwendigkeit einer Volksabstimmung politisch nicht zu realisieren. Zudem wäre er

aber auch wegen des Souveränitätsverlustes, der hohen Kosten von jährlich rund 5 Mia Fr. und den zunehmend protektionistischen Tendenzen in der EU gar nicht wünschbar. Damit die Schweiz den Weg der sektoriellen vertraglichen Vereinbarungen mit der EU weiter verfolgen könne, seien jedoch weitgehende wirtschaftspolitische Liberalisierungsschritte erforderlich, insbesondere in den Bereichen Post, Telekommunikation und Landwirtschaft.<sup>42</sup>

### Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 09.10.1999  
HANS HIRTER

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), welche nach eigenen Angaben über eine Kriegskasse von knapp 4 Mio Fr. verfügt, rüstete sich für einen weiteren Abstimmungskampf. Noch bevor der Bundesrat seine Botschaft über **bewaffnete Armeeinsätze im Ausland** verabschiedet hatte, beschloss sie an ihrer Jahresversammlung vom 8. Mai in Bern, einen allfälligen zustimmenden **Entscheid des Parlaments mit dem Referendum** zu bekämpfen.

Keine Unterstützung durch den AUNS-Vorstand fand das von den SD und der Lega dei Ticinesi lancierte Referendum gegen die bilateralen Verträge mit der EU. Sowohl AUNS-Sekretär Fehr als auch Präsident Blocher (beide svp, ZH) beurteilten die Abkommen zwar negativ, sprachen sich aber gegen eine Teilnahme der AUNS an der Referendumskampagne aus, da die Neutralität und die Souveränität der Schweiz durch die Verträge nicht beeinträchtigt würden.<sup>43</sup>

### Landwirtschaft

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 25.11.1999  
HANS HIRTER

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) sprach sich im November bei nur wenigen Gegenstimmen **für die bilateralen Verträge mit der EU** aus; das dagegen lancierte Referendum solle nicht unterstützt werden. Die Verträge würden zwar die Konkurrenz auf dem inländischen Agrarmarkt noch verstärken, böten der schweizerischen Landwirtschaft aber auch einen besseren Marktzugang in der EU, von welchem beispielsweise die Käseproduktion durchaus profitieren könnte. Allerdings verlangte der SBV von der Landesregierung, dass die einheimische Agrarwirtschaft mit gleich langen Spiessen kämpfen kann wie ihre ausländische Konkurrenz. Insbesondere sollen die Konsumenten obligatorisch über die Herkunft und die Produktionsmethoden von Agrarprodukten informiert werden müssen. Dies würde es den Verbrauchern erlauben, eine faire Wahl zwischen den inländischen und den nicht zuletzt wegen den in den EU-Staaten zum Teil wesentlich tieferen Standards (z.B. bezüglich Tierhaltung) billigeren ausländischen Erzeugnissen zu treffen. Eine entsprechende Eingabe hatte der SBV bereits zu Jahresbeginn zusammen mit dem Schweizer Tierschutz und Konsumentenorganisationen an den Bundesrat gerichtet.

Eine eher seltene Allianz entstand im Vorfeld der WTO-Konferenz in Seattle (USA) vom Dezember. Der SBV verlangte gemeinsam mit den Gewerkschaftsdachverbänden SGB und CNG, Umweltschutzorganisationen und Hilfswerken vom Bundesrat, sich im Rahmen der WTO **nicht für eine weitere Liberalisierung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen** einzusetzen.<sup>44</sup>

### Arbeitnehmer, Gewerkschaften

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 20.10.1990  
HANS HIRTER

Zweites wichtiges Kongressthema war die Diskussion über ein Papier der SGB-Leitung zur europäischen Integration. Die Delegierten äusserten sich **vorwiegend positiv zu einem Beitritt der Schweiz zur EG**, knüpften daran allerdings einige Bedingungen im sozialen Bereich. Es waren vor allem die Delegierten des SMUV und der GBH, welche sich für einen Beitritt einsetzten und den Vorstand zu einer rascheren Gangart drängten. Eine Delegiertenkonferenz des SMUV beschloss im November, die von einigen Medienunternehmen lancierte Volksinitiative für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG zu unterstützen.<sup>45</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 19.10.1999

HANS HIRTER

**Das Referendum der Lega und der SD** gegen die bilateralen Verträge mit der EU wurde **von den Gewerkschaften nicht unterstützt**. Es bestanden zwar in den Reihen der Gewerkschaften ernsthafte Befürchtungen über Lohndumping nach der Einführung der Freizügigkeit im Personenverkehr. Mit den vom Parlament beschlossenen Begleitmassnahmen, welche insbesondere eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Gesamtarbeitsverträge brachten, wurde diesen **Ängsten aber weitgehend Rechnung getragen**. Vor den Parlamentsverhandlungen hatte die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) beschlossen, die Verträge mit einem Referendum zu bekämpfen, falls diese Begleitmassnahmen nicht zu ihrer Zufriedenheit ausfallen würden. Später doppelte der SGB nach, indem er unmittelbar vor Beginn der Ratsdebatten bekannt gab, dass er sein Sekretariat mit der Vorbereitung der Kampagne für ein allfälliges Referendum beauftragt habe.<sup>46</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 04.04.2000

HANS HIRTER

Nachdem der SGB bereits während der parlamentarischen Beratungen im Herbst 1999 gedroht hatte, die **bilateralen Verträge mit der EU** zu bekämpfen, wenn die arbeitsmarktlichen Begleitmassnahmen unbefriedigend ausfallen würden, erneuerte er seine Drohung im Berichtsjahr, als die Verhandlungen im Baugewerbe über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag ins Stocken gerieten. Nachdem die Situation dank der Vermittlung durch Wirtschaftsminister Couchevin deblockiert war, und die Vertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, gab der SGB die Ja-Parole zu den Abkommen mit der EU aus.<sup>47</sup>

- 
- 1) Presse du 8.5.91; NZZ, 28.5.91.
  - 2) Presse vom 9.2., 24.5. und 10.10.96.
  - 3) AB NR, 2003, S. 510.; NZZ, 17.11.03; BZ, 2.12.03.; NZZ, 20.2.03; LT, 28.4.03.; Presse vom 04.12.03; Presse vom 05.12.03
  - 4) TA, 3.2.95; Presse vom 22.4.95; NZZ, 30.10.95.
  - 5) Presse vom 25.1.99
  - 6) Presse vom 11.10.99
  - 7) Baz und NZZ, 27.3.00.
  - 8) NZZ, 27.1.01; Presse vom 29.1.01.
  - 9) SoZ, 21.1.01; Presse vom 22.1.01. Zu den mögliche Folgen des Entscheids für die CVP: Presse vom 23.1. und 6.3.01.
  - 10) Presse vom 15.1.01. 17
  - 11) Presse vom 25.10.04.
  - 12) Presse vom 9.11. und 28.11.05.
  - 13) Bund und NZZ, 25.6.07.
  - 14) SGT, 19.6.08; TA, 28.6.08; NZZ, 5.7.08; Presse vom 7.7.08.
  - 15) NZZ, 27.10.08.
  - 16) NZZ, 11.2.09.
  - 17) S. 344; NZZ, 12.10. und 18.10.10; BaZ 16.10.10.
  - 18) Presse vom 28.3.11.
  - 19) NZZ, 19.1.12.
  - 20) NZZ und TA, 25.6.12.
  - 21) NZZ, 20.7.13.
  - 22) NZZ, 18.1.13; AZ, 26.9.13; Blick, 24.10.13; NZZ, 28.10.13.
  - 23) Positionspapier Geldpolitik CVP vom 20.2.2015
  - 24) SoZ, 2.7.95; Presse vom 3.7.95
  - 25) SGT, 30.8.99; Presse vom 19.9. und 20.9.99
  - 26) Presse vom 7.2.00.
  - 27) NZZ, 13.1.01; Bund, 14.2.01.
  - 28) Presse vom 13.2.95; NZZ, 16.8.95
  - 29) LPS (1995). Die liberalen Grundsätze für die Legislaturperiode 1995-1999; Presse vom 28.8.95
  - 30) Presse vom 16.9.95; Bund, 13.10.95
  - 31) BaZ, CdT und LT, 5.2.01 (BS: BaZ, 15.2.01; VS: NF, 15.2.01); Presse vom 27.8.01; LT, 12.7.01.
  - 32) NZZ und TA, 15.5.95
  - 33) NZZ, 28.8.95
  - 34) NZZ, 17.4.00.
  - 35) NZZ, 4.2. und 2.5.00.
  - 36) Presse vom 17.4.00; NZZ, 29.11.00 (Stiftung).
  - 37) SGT, 30.1.12; NZZ, 16.10. und 27.12.12.
  - 38) BaZ, 2.9.13.
  - 39) So-Bli, 10.6.12.
  - 40) NZZ, 9.2. und 9.9.95; Schriftenreihe des Vororts (1995) Nr. 60
  - 41) TA, 24.11.97; Bund, 4.12.97; SGT, 17.12.97
  - 42) NZZ und TA, 1.3.06.
  - 43) Presse vom 10.5.99; TA, 8.10.99; NZZ, 9.10.99; Vuichard (1999) Das Verschwinden des Schweizer
  - 44) NZZ, 9.1.99; NZZ und TA, 25.11.99; LT, 9.11.99
  - 45) Diskussion (1990) Nr. 12; Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S. 3 ff.; Presse vom 22.10.90; TA, 19.11.90
  - 46) TA, 10.5.99 und 24h, 11.10.99; NZZ, 26.8.99 und 24h, 19.10.99
  - 47) CdT, 11.3.00; LT, 11.3. und 13.3.00; NZZ, 4.4.00; AZ, 12.4.00. Vgl. SPJ 1999, S. 399 f. Siehe auch oben, Teil I, 7a (Gesamtarbeitsverträge).12